



Allgemeine Informationen

Wir sind die Linksfraktion des Europäischen Parlamentes:

"Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" (GUE/NGL).

Unsere Fraktion ist eine konföderale Gruppe, in der jede Partei ihre eigene Identität und Politik beibehält und gleichzeitig ihre Anstrengungen bündelt, um gemeinsame politische Ziele zu verfolgen. Der Gruppe gehören Mitglieder aus allen Ecken Europas an. Aus Deutschland ist dies z. B. "Die LINKE".

Grundüberzeugungen

Die "Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" vertritt eine pro-Europäische Politik, möchte die EU allerdings grundlegend verändern, da sie nach ihnen nur die Interessen von Reichen und Konzernen vertritt. Die Linken im EU-Parlament stehen vor allem für ein gerechteres Europa, sowie für Friedenspolitik und Solidarität.



GUE/NGL

Fraktion

Die Linke im
Europäischen Parlament
(GUE/NGL)

Größe: 37 Abgeordnete bzw.
5% der Sitze

Fraktionsvorsitzende:

Manon Aubry
Martin Schirdewan

Internetseite:

www.left.eu

[JURI]

Die GUE/NGL-Fraktion setzt sich entschieden für die Schaffung eines Europäischen Rechtsschutzfonds für bedürftige Bürgerinnen ein. *Diese Initiative wird als wesentlich erachtet, um sicherzustellen, dass alle EU-Bürgerinnen, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund, einen fairen und gerechten Zugang zur Justiz sowie zur rechtlichen Unterstützung erhalten können.* Die Fraktion vertritt den Standpunkt, dass ein effektiver Rechtsschutz ein grundlegendes Menschenrecht ist und dass es von entscheidender Bedeutung ist, sicherzustellen, dass dieses Recht nicht von finanziellen Ressourcen abhängt. In vielen Fällen können sich Menschen, insbesondere mit niedrigem Einkommen oder in prekären Lebenssituationen, keine rechtliche Vertretung leisten. Dies führt oft dazu, dass ihre Rechte vernachlässigt oder missachtet werden, was zu Ungerechtigkeit und sozialer Ungleichheit führt.



Durch die Einrichtung eines Europäischen Rechtsschutzfonds wird die Möglichkeit geschaffen, bedürftige Bürger*innen finanziell zu unterstützen, damit sie sich rechtliche Beratung, Vertretung vor Gericht und andere rechtliche Dienstleistungen leisten können. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass jeder Einzelne unabhängig von seiner finanziellen Situation seine Rechte effektiv durchsetzen kann.

Die Fraktion ist der Ansicht, dass ein solcher Fonds nicht nur dazu beitragen würde, den individuellen Zugang zur Justiz zu verbessern, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit insgesamt stärken würde. Ein gerechtes und zugängliches Rechtssystem ist ein grundlegendes Merkmal einer demokratischen Gesellschaft und trägt wesentlich dazu bei, das Vertrauen der Bürger*innen in die Institutionen zu stärken.

Darüber hinaus würde die Schaffung eines Europäischen Rechtsschutzfonds dazu beitragen, die soziale Kohäsion in der EU zu fördern, indem sie diejenigen unterstützt, die am stärksten auf Rechtshilfe angewiesen sind. Dies würde dazu beitragen, soziale Ungleichheiten zu verringern und sicherzustellen, dass alle Bürger*innen gleichermaßen von den Rechten und Freiheiten profitieren, die in der EU garantiert sind.

Insgesamt betrachtet die GUE/NGL-Fraktion die Schaffung eines Europäischen Rechtsschutzfonds als einen wichtigen Schritt hin zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft, in der die Rechte aller Bürger*innen respektiert und geschützt werden.

[FEMM]

Die GUE/NGL Fraktion setzt sich für die Gleichheit aller Menschen ein. Die Gleichheit aller impliziert sowohl binäre als auch vielfältige non-binäre Identitäten. Die Emanzipation der Frau muss in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden. Dazu gehört auch insbesondere die Stärkung der Frau in der Politik. Aber nicht nur die Frauen müssen gesamtgesellschaftlich stärker emanzipiert werden, ebenso trifft dies auf Angehörige der LGBTQI+ zu. Aufgrund dessen befürwortet die GUE/NGL Fraktion die Gründung der EACP, um die Rechte von marginalisierten Gruppen zu stärken. Die EAEP soll möglichst umfangreiche Handlungsvollmachten erhalten und sich zu einem wirkungsmächtigen Institut entwickeln. Dazu gehören auch umfangreiche Sensibilisierungskampagnen, welche die Gleichheit aller Menschen hervorheben.



[LIBE]

Die GUE/NGL-Fraktion betrachtet die vorgeschlagenen Artikel zwiespältig. Während die Stärkung der politischen Sozialisierung und Bildung in der gesamten EU grundsätzlich unterstützt wird, gibt es einige Aspekte des Vorschlags, die sorgfältig geprüft werden müssen. Die Einrichtung des "European Office of Political Socialisation and Education" (EOPSE) wird als ein potenziell wichtiges Instrument zur Förderung der politischen Bildung und Resozialisierung angesehen. Allerdings müssen Fragen hinsichtlich der Überwachung von politischen Straftätern und der Zusammenarbeit mit nationalen Verfassungsschutzdiensten genau geprüft werden, um sicherzustellen, dass dabei individuelle Rechte und Freiheiten gewahrt bleiben.

Die Bereitstellung von kostenlosen Weiterbildungen zum Thema politische Sozialisierung für alle EU-Bürger*innen wird grundsätzlich begrüßt. Es ist jedoch wichtig sicherzustellen, dass diese Weiterbildungen frei von politischer Einflussnahme sind und ein breites Spektrum von Ansichten und Perspektiven umfassen.

Die Empfehlung zur Einführung von Politikunterricht in der EU ab der siebten Jahrgangsstufe und die Bereitstellung eines einheitlichen Curriculums werden positiv bewertet. Die finanzielle Unterstützung für Lehrkräfte und Schulen wird als wichtiger Schritt zur Entlastung des Bildungssystems angesehen.

Die Zuweisung der Durchführung des Politikunterrichts an das EOPSE wird ebenfalls unterstützt, da dies eine koordinierte und effektive Umsetzung des Curriculums erleichtern kann. Die Möglichkeit, das EOPSE bei Schwierigkeiten kostenlos zu kontaktieren und um Unterstützung zu bitten, wird als positiv bewertet, um sicherzustellen, dass alle Schulen die notwendige Hilfe erhalten.

Insgesamt betont die GUE/NGL-Fraktion die Bedeutung eines ausgewogenen Ansatzes zur Stärkung der politischen Bildung und Partizipation in der EU. Es ist wichtig sicherzustellen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um demokratische Werte zu fördern, gleichzeitig aber auch die individuellen Rechte respektiert werden.



[AFCO]

Die GUE/NGL-Fraktion betrachtet den vorgeschlagenen Gesetzentwurf zur Gründung des "European-Transparency-Hub" (ETH) und des "EU Transparency and Rule of Law Monitoring System" (EUTRLMS) als einen bedeutsamen Schritt zur Förderung von Transparenz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU. Die Fraktion unterstützt grundsätzlich die Idee, EU-Bürger*innen leichter Zugang zu relevanten Informationen über die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu ermöglichen und ihnen die Möglichkeit zu geben, direkt auf den ETH einzuwirken.

Die Einrichtung des ETH in Helsinki, Finnland, und die Finanzierung durch den EU-Haushalt werden begrüßt. Die Fraktion erkennt die Notwendigkeit an, die Verfolgung der Umsetzung von EU-Richtlinien und die Überwachung der Einhaltung durch die Mitgliedstaaten zu verbessern, sowie die Finanztransparenz von Mitteln, die in diese Bereiche fließen, zu gewährleisten.

Die Möglichkeit für EU-Bürgerinnen, direkt auf den ETH einzuwirken, wird positiv bewertet. Die Fraktion unterstützt die Idee, dass Bürgerinnen den Hub nutzen können, um Feedback zu geben, Fragen zu stellen, Informationen zu teilen und Bürger*inneninitiativen zu starten.

Die Einführung des EUTRLMS wird als wichtiger Schritt zur Überwachung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten angesehen. Die Einrichtung des Rechtsstaatlichkeitsgremiums (RLG) wird begrüßt, insbesondere die Bestimmungen, dass das RLG aus unabhängigen Expert*innen besteht und frei von politischer Einflussnahme handeln soll.

Die regelmäßige Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten und die Veröffentlichung von Berichten über festgestellte Entwicklungen werden als notwendig erachtet, um potenzielle Bedrohungen für die Rechtsstaatlichkeit zu identifizieren und den Dialog zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

Insgesamt betrachtet die GUE/NGL-Fraktion den Gesetzentwurf als einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Transparenz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU, und sie wird den weiteren Verlauf der Diskussionen und die Implementierung dieser Maßnahmen aufmerksam mitgestalten.